

**Statement des DFG-Präsidenten  
zum Haushaltsvorbehalt des Bundesfinanzministers  
vom 30.04.2009**

(30.04.09) Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Professor Matthias Kleiner, zeigt sich enttäuscht und besorgt über den von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück ausgesprochenen Haushaltsvorbehalt. Kleiner erklärte am Donnerstag:

"Der Haushaltsvorbehalt, unter den Bundesfinanzminister Peer Steinbrück die Entscheidung über die Fortsetzung der Hochschul- und Forschungsprogramme, die "Drei Pakte", gestellt hat, enttäuscht und besorgt mich sehr. Die DFG anerkennt die großen Bemühungen des Ministers um Wissenschaft und Forschung sehr - in dieser wichtigen zukunftsweisenden Frage wünschte ich mir jedoch mehr Mut. Die von der Wissenschaft geforderten und von den Wissenschaftsministern aus Bund und Ländern unterstützten Zukunftsinvestitionen sind unerlässlich und müssen jetzt entschieden werden.

Wir werden mit Nachdruck weiter darauf drängen, dass die drei großen Pakte für Wissenschaft und Forschung in Deutschland fortgesetzt und dabei angemessen finanziell ausgestattet werden. Dies ist die Politik und dies sind auch wir einer ganzen Generation junger Talente an unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen schuldig.

Gerade in krisenhaften Zeiten muss verstärkt in Wissenschaft und Forschung investiert werden, denn nur sie sind die Grundlage für Innovationen, Wachstum und Wohlstand. Die Exzellenzinitiative, der Pakt für Forschung und Innovation und der Hochschulpakt entfalten zudem weit nachhaltigere Wirkungen als manch andere Initiativen zur Bekämpfung der Konjunkturkrise. Mit ihnen kann die beeindruckende Aufbruchstimmung in der Wissenschaft mit ihren vielen zukunftssträchtigen Ideen, Projekten und Einrichtungen weitergetragen, die Arbeit der großen Forschungsorganisationen ausgebaut und nicht zuletzt die akademische Ausbildung von mehr als zwei Millionen jungen Menschen an unseren Hochschulen verbessert werden. Wenn dies ausbleibt, wird Deutschland in einen entscheidenden Wettbewerbsnachteil gegenüber den Vereinigten Staaten geraten, wo gerade erst die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Obamas großem Konjunkturprogramm deutlich gesteigert wurde. Zu fürchten ist, dass die USA die besten Köpfe nun verstärkt auch aus Deutschland abwerben könnten.

Ich hoffe jetzt auf ein Machtwort der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten und setzte optimistisch auf Ihr Treffen am 4. Juni. Die Entscheidung über die Fortsetzung der Pakte erst nach der Bundestagswahl halte ich für fatal."